

GÖTTINGER BLÄTTER

März

2022

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

Göttinger Friedensforum:

► Kriegsgefahr im Ost-West-Konflikt – verhandeln statt eskalieren



Mit dieser Forderung hatte das Göttinger Friedensforum am 19. Februar anlässlich der sog Münchener Sicherheitskonferenz (SiKo), die am gleichen Wochenende stattfand, zur Teilnahme an einer Kundgebung vor dem Alten Rathaus aufgerufen.

Trotz der widrigen Witterungsbedingungen nahmen etwa 60 Personen an dieser Kundgebung teil. Viele weitere MitbürgerInnen hielten im Vorbeigehen inne und folgten den Ansprachen. Im Mittelpunkt der Redebeiträge von Eckart Stedeler vom Friedensforum, Willi Parlmeyer, Sabine Lösing (beide ebenfalls vom Friedensforum) und Prof. Dr. Roland Nau von den IPPNW standen Forderungen an die deutsche Bundesregierung, den Konflikt um die Ukraine mit allen diplomatischen Anstrengungen zu deeskalieren, um einen Krieg zu verhindern.

Notwendig sind neue Ideen für eine friedliche und stabile Koexistenz zwischen West- und Mitteleuropa und Russland. Die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands müssen anerkannt werden und die Ausdehnung der NATO bis an Russlands Grenzen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Der Ukraine Konflikt hat eine längere Geschichte und erscheint nicht neu auf politischen Bühne: Mit der Auflösung der

Sowjetunion und des Warschauer Paktes in den 1990er Jahren beginnt der Westen und sein Militärpakt entgegen vorher gemachter Zusagen, Russland machtpolitisch und militärisch einzukreisen. Seit 1999 nahm die NATO 14 osteuropäische Länder auf und stationierte dort Truppen.

Mehrfach hatte der russische Präsident Putin bei vielen Gelegenheiten (u.a. auch auf verschiedenen Tagungen der „Münchener Sicherheitskonferenz“) Sicherheiten für sein Land gefordert und vor einer Osterweiterung der NATO gewarnt. Die Militärausgaben der NATO-Staaten sind inzwischen etwa 18mal so hoch wie die russischen.

In den westeuropäischen Medien wird parallel dazu das Feindbild Russland ausgiebig gepflegt. In den letzten Tagen gibt es keine Nachrichtensendungen, die Manöver in Richtung Osten als legitime Verteidigung verharmlosen.

Die aktuelle Situation kann zu einem größeren Krieg in Europa führen wie tägliche Meldungen über Manöver, Truppenverlegungen oder Forderungen nach Waffenlieferungen zeigen. Nun schickt Deutschland sogar noch mehr Soldaten nach Litauen, um die „NATO-Ostflanke“ zu stärken.

Die Lage ist ernst, die Friedensbewegung wird aktiv und fordert alle Göttinger Bürgerinnen und Bürger auf, sich zu engagieren. (cs)

Das Göttinger Friedensforum tagt an jedem zweiten Mittwoch und ist erreichbar unter: Goettinger-Friedensforum@lists.posteo.de

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goebloe_2022.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

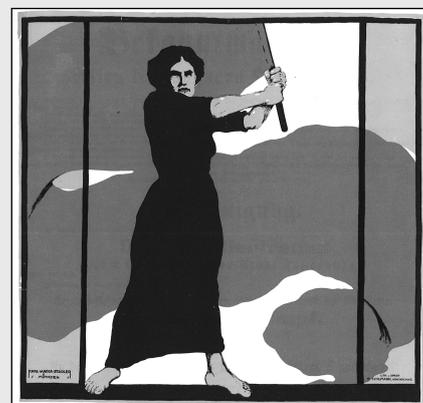
Inhalt

Kriegsgefahr Ukraine	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Gastkommentar Gerd Nier	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2022
ist der 17. März.
Auslieferung am 24. März.

Internationaler Frauentag 2022:



Die uns bekannten Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag findet Ihr auf der Seite 12.

Die ganze Kundgebung ist zu sehen unter:
https://fb.watch/bhaVWo_cu3/
Wir danken Gustavo Moreno!



Prof. Dr. Roland Nau
von den IPPNW



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► Querfront: Die Grundlage ist und bleibt Antisemitismus

Corona nimmt kein Ende, und die rechten Straßenmobilisierungen unter dem „Querdenken“-Label, die in den einschlägigen Chats als „Spaziergänge“ beworben werden, haben seit einigen Wochen auch die Stadt Göttingen erreicht. Dabei lässt sich beobachten, dass neben Rechtsextremen verschiedener Schattierung bisweilen auch Personen, die sich subjektiv im linken oder grünalternativen Milieu verorten, an diesen „Querdenken“-Versammlungen teilnehmen. Letztere scheinen offensichtlich kein Problem darin zu sehen, gemeinsam mit Aluhutträgern, Propagandisten „alternativer Fakten“, Reichsbürgern, Q-ANON-Aktivisten, AfD-Anhängern und regional bekannten Neonazi-Kadern auf die Straße zu gehen. Stattdessen wird intern die alte Querfrontparole herausgegeben: „nicht links, nicht rechts“.

Vordergründig demonstrieren die selbsternannten „Querdenker“ gegen Pandemiebestimmungen und Impfpflicht, fabulieren einen bevorstehenden „Impfzwang“ herbei und vermuten hinter jeder staatlichen Anti-Corona-Maßnahme „globale Eliten“ im Angriff auf Freiheit und Selbstbestimmung. Sie selbst stilisieren sie als Verfolgte (beispielsweise als neue Anne Frank, gerne auch mit antisemitisch konnotiertem „Ungeimpft“-Judenstern) oder als reinkarnierter Widerstandskämpfer gegen eine neuerliche Diktatur (wahlweise als Dietrich Bonhoeffer oder Sophie Scholl).

Ganz neu ist dieses Vorgehen nicht: Schon 2014 wurde mit den sogenannten „Montagsmahnwachen“ (Label „Friedenswinter“) eine Kampagne gestartet, deren Positionen auf rechter Grundierung aus Wissenschaftsfeindlichkeit und Verschwörungsmaythen fußte. Ziel damals war es, die deutsche Friedensbewegung inhaltlich auszuhöhlen und für die eigenen Zwecke zu missbrauchen. Damals wie heute gehörten Figuren wie Ken Jebsen und Jürgen Elsässer zu denen, die der damaligen „Bewegung“ den antisemitischen Grundton und die taktische Richtung mitgaben.

Was eint den buntgescheckten Haufen aus Wutbürgern, die sich in der „Querdenker“-Welt zusammenfinden? - Es ist der in diesem Lande nicht totzukriegende Antisemitismus. „(...) Antisemitismus ist dabei die zentrale Schnittmenge. Der ist in unterschiedlicher Ausprägung in den verschiedenen Milieus anzutreffen, unter anthroposophischen Impfgegnern genauso wie in der Neonaziszene. Der Antisemitismus artikuliert sich nur jeweils anders. In gesellschaftlichen Krisensituationen wie der jetzigen Pandemie finden die Milieus zueinander. Viele der sogenannten Coronarebellen sehen sich in einem Endkampf gegen globalisierte Eliten und bedienen damit antisemitische Codes.“ (Damian Ott, Mitarbeiter im Antifaschistischen Bildungszentrum und Archiv Göttingen, in einem Interview mit der Tageszeitung junge Welt, 23.12.2021)

Bisweilen muss man erstaunt (und teils auch entsetzt) zur Kenntnis nehmen, wie einige, denen wir uns als VVN-BdA zum Teil über Jahrzehnte verbunden gefühlt hatten, nun den Schulterschluss mit Querfrontlern üben. So finden wir die Namen etlicher von ihnen gemeinsam mit den Führungsfiguren von „Querdenken“ unter einem „Neuen Krefelder Appell“ (November 2021), in welchem nicht nur der ehemalige US-Verteidigungsminister Rumsfeld als „Drahtzieher der Operation 9/11“ bezeichnet wird, sondern auch

das Verschwörungsnarrativ vom „Great Reset“ ausgemalt wird. Zitat daraus: „Eine noch größere Gefahr geht von der „Impf“-Kampagne aus – für Milliarden von Menschen. Dahinter steht die Strategie des „Great Reset“ des Forums der Superreichen, das sich „Weltwirtschaftsforum“ nennt, mit dem der Kapitalismus über einen gezielten Zusammenbruch und einen „Neustart“ auf eine noch perversere Stufe gehoben werden soll – unter weitergehender Verletzung der bürgerlichen Rechte, der Menschenrechte und des Völkerrechts – d.h. mit weniger Rechten und mehr Überwachung für den überwiegenden Teil der Menschheit.“ Erstunterzeichner dieses Verschwörungsgeschwurbels ist beispielsweise der auch im Göttinger Raum nicht ganz unbekannt Autor Wolfgang Bittner.

Corona werden wir irgendwann überstanden haben, „Querdenker“ werden neue Themen für Querfront-Initiativen suchen und finden. Die notwendige Auseinandersetzung damit wird uns als Antifaschisten nicht erspart bleiben.

PS und Handlungsempfehlung: Gegen die „Querdenker“-Aktivitäten in Göttingen und der Region rufen verschiedene antifaschistische Organisationen, darunter das Göttinger Bündnis gegen Rechts und der DGB Göttingen, regelmäßig zu Gegenprotesten auf. Beteiligt euch daran!

► „Wir wollen unsern Pfarrer haben“ – die Verhaftungen am 17. und 18. März 1942 in Rhumspringe, Eichsfeld

Robert Hartmann war ab dem 1. Mai 1940 Pfarrer in Rhumspringe. Am 17. März 1942 wollten Polizei und Gestapo den katholischen Pfarrer der Gemeinde verhaften. Die Einwohner der Gemeinde wehrten sich dagegen, so dass die Gestapo unverrichteter Dinge nach

Göttingen zurückfahren musste. Am nächsten Tag jedoch kamen deutlich mehr Gestapobeamte und Polizei und verhafteten den Pfarrer und weitere 13 Einwohner des Ortes, die am Vortag die Verhaftung des Pfarrers verhindert hatten. (...)
weiter auf Seite 7

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung:

Dienstag, 8. März, 20.00 Uhr Kleiner Ratskeller, Judenstraße

▶ 2021 verstärkten die USA ihre gegen Kuba gerichtete finanzielle Verfolgung

Vivian Herrera Cid, Generaldirektorin für Außenhandel des Ministeriums für Außenhandel und Investitionen, erläuterte, dass Importgeschäfte oft gestoppt würden, weil das Geld nicht bei den Lieferanten ankomme, oder dass das Geld unserer Kunden im Falle von Exporten nicht ankomme, weil die Banken, die Zusammenarbeit mit unseren Unternehmen direkt oder indirekt ablehnten oder vermieden Autor: Germán Veloz Placencia | german@granma.cu

Holguín – Vivian Herrera Cid, Generaldirektorin für Außenhandel im Ministerium für Außenhandel und Ausländische Investitionen, führte aus, dass sich die Grausamkeit der US-Blockade gegen das kubanische Volk im Jahr 2021 und bis jetzt in diesem Jahr in der finanziellen Verfolgung zeige, die zur Folge habe, dass wir unsere Einnahmen aus dem Export nicht erhalten und keine Bankgeschäfte tätigen können.

Die Beamtin erläuterte, dass die Einfuhren häufig gestoppt würden, weil das Geld nicht bei den Lieferanten ankomme, oder dass im Fall von Exporten die Gelder unserer Kunden nicht ankommen würden, weil die Banken sich weigerten oder es vermieden, direkt oder indirekt mit unserem Unternehmenssektor zusammenzuarbeiten.

„Im letzten Jahr gab es einen Exodus der Schifffahrtsgesellschaften MCC und Zim, die offen zum Ausdruck brachten, dass sie nicht mehr mit Kuba zusammenarbeiten würden, um Probleme zu vermeiden, die sich aufgrund der Blockade ergeben würden. Eine dritte, ebenfalls weltbekannte Gesellschaft machte deutlich, dass sie sich nicht an einem solchen Ausschreibungsverfahren beteiligen würde.“

„Die Schifffahrtsgesellschaften legen dem Transport kubanischer Ladungen viele Hindernisse in den Weg. Es gibt eine gewisse Zurückhaltung, selbst wenn es bereits Verträge gegeben hat. Es gibt sogar viele Beispiele dafür, dass bereits Containerstandorte vereinbart wurden waren und dann heißt es spä-

ter, dass dies nicht der Fall sei“, sagte Herrera Cid.

Zu den oben genannten Problemen, die eine Folge der ständigen Schikanen gegenüber denjenigen sind, die mit unserem Land Geschäfte machen, kommt noch die internationale Logistikkrise hinzu, die durch die Pandemie verursacht wurde. Es sei vorgekommen, dass diese Unternehmen uns eine bestimmte Menge an Fracht zugesagt hätten, aber andere Kunden gekommen seien, die ihnen mehr Geld geboten hätten. Sie hätten daraufhin die kubanischen Ladungen liegen gelassen, die unter anderem aus Rohstoffen für die Herstellung von Medikamenten und aus Materialien für Lebensmittelproduktionsprogramme bestanden habe.“

▶ Russland spendet Kuba 24 Tonnen medizinische Hilfsgüter

Moskau hält einen Strom von Spenden an die Insel aufrecht, um die Gesundheitskrise zu bekämpfen Autor: Redaktion Digital | informacion@granma.cu

Humanitäre Hilfe, darunter medizinische Mehrzweck-Schutzanzüge und Injektionsspritzen, mit einem Gesamtgewicht von fast 24 Tonnen, wurde von Russland nach Kuba geschickt, wie die Botschaften beider Länder bestätigten.

Im sozialen Netzwerk Twitter bedankte sich der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsident der Republik, Miguel Díaz-Canel, für die Geste und wies darauf hin, dass die Spenden „eine große Bedeutung für Kuba in unserem Kampf gegen die Blockade“ haben.

Laut Sputnik News hat Moskau seit Juli letzten Jahres einen Strom von Spenden an die Insel aufrechterhalten, um die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Gesundheitskrise zu bekämpfen, darunter Lebensmittel und medizinische Güter.

Die russische Regierung arbeite aktiv mit dem kubanischen Volk zusammen, um den Mangel an finanzieller Liquidität zu lindern, der durch die Pandemie und die US-Sanktionen gegen die Insel noch verschärft werde, so das russische Medium.

Aus dem Entwurf des gemeinsamen Spendenaufrufes von Netzwerk, FG und Cuba SÍ:
Spendenkampagne für Kuba wird fortgesetzt!

Gemeinsam, solidarisch und erfolgreich: Mehr als 250.000 Euro sind für die Spendenkampagne „Unterstützen wir Kuba im Kampf gegen die Corona-Pandemie“ eingegangen. Uns liegen Dankschreiben für die bislang geleistete Unterstützung vom Ministerium für Außenhandel, von Unternehmen (Biofarma) und Instituten sowie Krankenhäusern vor.

Aber: Spenden sind weiterhin notwendig.

Kuba braucht weiterhin unsere politische und finanzielle Unterstützung und Solidarität. Wir rufen daher auf, für „**medizinische Projekte in Pandemie**“ zu spenden*, um Kuba auf seinen Weg einer sozialistischen Entwicklung weiter zu unterstützen.

FG BRD-Kuba, Stichwort: „Corona“, Bank für Sozialwirtschaft, Köln, IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00 (Spenden sind bei der Steuererklärung absetzbar)



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Steigende Preise treffen nicht alle! – Nein zur Energiepreissteigerung!



Im vergangenen Jahr ist die Inflation stetig gestiegen. Die Hoffnung, die Preise würden im neuen Jahr nicht wieder steigen, ist zumindest im ersten Monat dieses Jahres verflogen. Die Inflation im Januar lag bei 4,9% zum Vorjahresmonat. Während uns, Lohnabhängige, erklärt wird, dass wir in unserer Lohnforderung nicht stur sein sollen und uns z.B. in der Tarifrunde zum TV-L mit einer Einmalzahlung abspeisen lassen, weil sonst Preis-Lohn-Spirale auftreten würde. Während wir also mit Reallohnverlust zu kämpfen haben, haben die Kapitalisten mit riesigen Profite zu tun: Die Deutsche Bank erzielte den höchsten Gewinn seit 10 Jahren. Auch die anderen 40 DAX-Unternehmen erzielten z.B. im 3. Quartal ein Gewinnplus von 152 % im Vergleich zum Vorjahr. VW stricht sogar im ersten Halbjahr 2021 ein Rekordgewinn ein. Inflation und Geldentwertung trifft eben nicht alle und verläuft in den Grenzen zwischen oben und unten, zwischen Eigentümer an der Produktionsmitteln und Lohnabhängigen, Kapitalisten und Arbeiter.

Dabei tritt die Inflation nicht nur - in ihrem Durchschnitt von 3,1% - bei den Lohnabhängigen auf. Vor allem in den unteren Lohngruppen tritt ein doppelter Effekt auf. Zum einen trifft sie Preissteige-

runge bei den Nahrungsmitteln (3,2%) und Energie (10,4%), Kraftstoff (22,6%) stärker, weil sie sich sowie nie die Luxus-Waren leisteten, sondern ihren Lohn hauptsächlich zum Pendeln, Strom, Heizung und Lebensmitteln ausgeben, die überproportional von der Inflation betroffen sind. Zum anderen waren genau die unteren Lohngruppen von den Angriffen auf Löhne stärker in der Krise betroffen. Kurzarbeitergeld ohne Aufstockung durch den Arbeitgeber wegen fehlender Tarifverträge, ohne Betriebsräte und vieles mehr. Es findet, kurz gesagt, eine massive Umverteilung von unten nach oben statt.

Diese Umverteilung bedarf massiven Widerstands aller Beschäftigten. Eine Möglichkeit besteht in der Erämpfung höherer Löhne. Hier könnte man hoffnungsvoll auf die eigentlich mächtige IG Metall blicken, die in diesem Jahr ihre Metall- und Elektrorunde führen wird. Aber eine Änderung der Kräfteverhältnis kann zwar in einer Branche anfangen, setzt aber gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung durch die organisierte Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und ihre politische Organisationen zur Durchsetzung einer Umverteilung von oben nach unten, voraus. Nur dieser ökonomische und politische Kampf könnte eine Preis-Lohn-Spirale, die dem Arbeiter nichts nutzt, etwas bringen. Von einer geplanten, vom DGB-geführten, Gegen-Offensive für Umverteilung mittels Lohnerhöhung, sind wir weit entfernt.

Die DKP sucht angesichts der Schwäche einen anderen Weg: Eine Kampagne zur Stopp der Energiepreissteigerung, die wesentlich auch zu der hohen Inflation

Mitgliederversammlungen im März

1. März:

Wahlkreisversammlung der DKP-GÖ

Vorschlag für die TOP:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wahl der Tagungsleitung
Wahl der Wahlkommission
Beschluss zur Wahlordnung
3. Diskussion und Beschluss zur Aufstellung von Wahlkreis kandidatInnen zur Landtagswahl
4. Wahl eines oder mehrerer Wahlkreis kandidatInnen
5. Erste Überlegungen zum Wahlkampf
6. Schlusswort

15. März:

Konzeption DKP-Kleinzeitung

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

führt, soll es bringen. Die DKP hat dabei selbst keine Illusion in Ihrer eigenen Wirkmächtigkeit. Die DKP wird kein Gesetz für eine Umkehr der Preissteigerung allein durchkämpfen können. Deswegen will die DKP mit anderen progressiven Kräfte für eine Unterschriftenaktion und Petition durchführen, die dann an den Gewerkschaftstag des DGB überreicht werden soll, damit dieser selbst diese politische Kampagne zur Verteidigung der Interessen aller Beschäftigten und Angehörige der Arbeiterklasse (ob in Rente oder Arbeitslos) abschließen kann. (tl)

Die Petition kann man online unterschreiben unter:

<https://www.openpetition.de/petition/online/gesetzlicher-energiepreisstopp-jetzt>

SAVE THE DATE!
pressefest.dkp.de



21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP

DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT

26. – 28. AUGUST 2022

REVIERPARK WISCHLINGEN, DORTMUND

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Ortsrat Grone:

▶ **Hendrik Falkenberg, Göttinger Linke, initiativ:**

Zwei Initiativen an den Ortsrat haben Hendrik Falkenberg und die Stadtteilgruppe der Göttinger Linke, die das Ortsratsmitglied begleitet und berät, im Januar gestartet.

Antrag an den Ortsrat Grone vom 27.01.2022:

„Der Ortsrat Grone möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, Gespräche mit der „LEG Immobilien SE“ mit dem Ziel aufzunehmen, die im städtebaulichen Vertrag „Wohnbauliche Entwicklung in Grone-Nord und Grone-Süd“ vereinbarte KITA Harzstraße schnellstmöglich zu bauen.“

Begründung:

Die LEG Immobilien SE als neuer Besitzer der ehemaligen Wohnungen der AD-

LER AG in Grone übernimmt lt. diesem Vertrag auch alle Verpflichtungen: Im genannten Vertrag ist für den Bereich Grone – Süd (Harzstraße) die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte vorgesehen gewesen. Bisher ist auf dem im Bebauungsplan ausgewiesenen Areal keine Bautätigkeit zu erkennen, obwohl dies mit der ADLER vereinbart wurde. Im städtebaulichen Vertrag ist sogar der 30.06.2020 als Baubeginn genannt.

In den Gesprächen ist daraufhin zu wirken, dass dies schnellstmöglich geschieht.“



Da die SPD ebenfalls Fragen nach der Zukunft der „Großbaustelle Grone“ gestellt hatte, blieb ihr nichts anderes übrig, als dem Antrag – eventuell mit etwas Zähneknirschen – zuzustimmen. Dieser war damit angenommen und nun erwarten alle Beteiligten mit Spannung die Aktivitäten der Verwaltung.

(gs)

▶ **Baugebiet Langer Reekesweg (Grone): Update**

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Grünen im Ortsrat waren sich einig, dass in diesem Baugebiet die Chance genutzt werden muss, guten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Forderung besteht, mindestens 50% bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Vorschlag der Bauverwaltung war es, hier 300 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau zu errichten.

Wie schon in der Februar-Ausgabe der Göttinger Blätter angedeutet, waren SPD und CDU sich schnell einig, hier auf max. 200 Wohneinheiten zu bestehen. Dies bedeutet in der Umsetzung, dass wieder kostbares innerstädtisches Bauland für teure Einfamilienhäuser zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Bauverwaltung machte deutlich, dass gerade dieser Standort mit seiner in Göttingen wohl einmaligen Lage und Anbindung an das Ortsgebiet außerordentlich geeignet ist, modern und bezahlbar zu bauen und dass das Bestehen auf 200 Wohneinheiten eine Verschwendung von Fläche ist, die heute überhaupt nicht mehr Zeitgemäß ist.

Natürlich ist „der Drops noch nicht gelutscht“: Es wird alles noch eine gute Weile dauern und der Bauausschuss sowie der Rat der Stadt Göttingen müssen ebenfalls noch beschließen. Aber die unheilige städtische Allianz von SPD und CDU zeichnet sich auch hier im Kleinen ab: Es wächst zusammen, was zusammengehört!

Kommentar Hendrik Falkenberg: Die heutigen Mitglieder der Friday vor Futur - Bewegung haben wahrscheinlich keine Eltern in SPD und CDU, denn für Klima und bezahlbaren Wohnraum ist eine Bebauung mit Einfamilienhäusern einfach nicht mehr denkbar. (gs)



Winterkino Grone im März:



Nachdem das Winterkino von Dezember 21 bis Februar 22 wieder wegen Corona komplett ausgefallen war, soll es nun im März wieder losgehen. Und die ausgefallenen Termine sollen nachgeholt werden! Eine herzliche Einladung an alle Interessierten:

18. März:

Mister Feng in Pietarinkumpu*

114 Min, von Mika Kaurismäki, 2019
Finnland: China Master Cheng reist nach dem Tod seiner Frau mit seinem kleinen Sohn in die Ortschaft Pohjanjoki um einen alten finnischen Freund namens Fontron zu suchen. In der entlegenen Ortschaft muss er jedoch feststellen, dass niemand seinen Freund kennt. Die Cafébesitzerin Sirkka macht ihm ein Angebot.



Aufstellungsversammlung für die Wahl der Direktkandidat/inn/en der Landtagswahlkreise 12 – Göttingen/Harz, 14 – Duderstadt, 15 – Göttingen/Münden und 16 – Göttingen-Stadt zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022 mit anschließender KMV

am Sonntag, 27. März 2022, 14:00 Uhr,
Haus der Kulturen, Hagenweg 2e, 37081 Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Wahl einer Schriftführerin/eines Schriftführers
5. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Wahl von zwei Versammlungsteilnehmer/innen zur Unterzeichnung der Versicherung an Eides Statt
8. Bestimmung von zwei bis vier Vertrauenspersonen
9. Vorstellung der Kandidat/inn/en, Fragen an die Kandidat/inn/en
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Wahl der Direktkandidat/inn/en durch die stimmberechtigten Versammlungsteilnehmer/innen aus den jeweiligen Wahlkreisen
12. Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Vorgaben aus dem Wahlgesetz:

Wahlberechtigt sind alle Parteimitglieder, die am Tag der Aufstellungsversammlung Deutsche i.S. des Grundgesetzes sind, seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind sowie ihren Erstwohnsitz innerhalb des jeweiligen Direktwahlkreises haben.

Der **Wahlkreis 12** umfasst vom Landkreis Göttingen die Städte Bad Lauterberg im Harz, Bad Sachsa, Herzberg am Harz, Osterode am Harz, die Gemeinden Bad Grund (Harz), Walkenried, die Samtgemeinde Hattorf am Harz, das gemeindefreie Gebiet Harz (Landkreis Göttingen); vom Landkreis Goslar die Städte Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld, Braunlage, das gemeindefreie Gebiet Harz (Landkreis Goslar).

Der **Wahlkreis 14** umfasst vom Landkreis Göttingen die Stadt Duderstadt, die Gemeinden Friedland, Gleichen, Rosdorf, die Samtgemeinden Gieboldehausen, Radolfshausen.

Der **Wahlkreis 15** umfasst vom Landkreis Göttingen die Stadt Hann. Münden, die Gemeinden Flecken Bovenden, Staufenberg, die Samtgemeinde Dransfeld, die Stadt Göttingen mit den Stadtteilen Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren.

Der **Wahlkreis 16** umfasst vom Landkreis Göttingen die Stadt Göttingen ohne die Stadtteile Göttingen-Elliehausen, Göttingen-Esebeck, Göttingen-Grone, Göttingen-Groß Ellershausen, Göttingen-Hetjershausen, Göttingen-Holtensen, Göttingen-Knutbühren.

anschließend Kreismitgliederversammlung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vergabe eines Votums für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl
4. Vorbereitung der Vertreter/innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl
5. Verschiedenes

Kreismitgliederversammlung am 16.

März 2022

19:00 Uhr, der Ort wird über die Website und den Newsletter bekanntgegeben

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der
2. Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Diskussion des Landtagswahlprogramm
5. Votum für den GöLi-Sprecher:innenkreis

weitere Termine auf der nächsten Seite

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

Aktiventreffen

die AGs treffen sich am 09.03 online
das Aktiventreffen in der großen Runde findet am 23.03. statt

Das KZ Buchenwald – KZ, Lagerwiderstand und Selbstbefreiung!

Mit Dr. Ulrich Schneider (VVN-BdA + FIR)
am 1. April um 19:00 Uhr im Rote-Hilfe-Saal, Lange Geismarstr. 3
Eine Veranstaltung über das KZ, den Lagerwiderstand und die Selbstbefreiung am 11. April 1945 vom Ortsverband der Partei DIE LINKE und der LeserInneninitiative der Tageszeitung „junge Welt“; unterstützt wird sie durch die VVN-BdA Göttingen.

OV Dransfeld

OV Treffen an jedem 2. Freitag im Monat, bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld. Das Treffen findet unter der 2G-Regel statt.

Veranstaltungen rund um dem 8. März:

Transpi malen am 06.03 im Rote-Hilfe-Saal

Feministische Außenpolitik mit Cornelia Möhring
Donnerstag, 10.3., 19 Uhr (online)

Den Ankündigungstext, sowie den Link zur Veranstaltung findet ihr auf der Webseite.

THE OTHER SIDE OF THE RIVER wird vom Rosa Luxemburg Club ausgerichtet
Montag, 14.3., 20 Uhr.

Dokumentation von Antonia Kilian über kurdischen Widerstand gegen Islamischen Staat und Patriarchat
Kino Lumière, Geismar Landstraße 19, 37083 Göttingen

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

am **Mittwoch, 30. März, um 18.30 Uhr** im Neuen Rathaus, Raum 1118 und online

Thema: LINKE Kampagne für besseren bzw. entgeltfreien ÖPNV in Göttingen – Umsetzung in den Kommunalparlamenten

Meldet Euch bitte an, wenn Ihr online teilnehmen wollt: goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

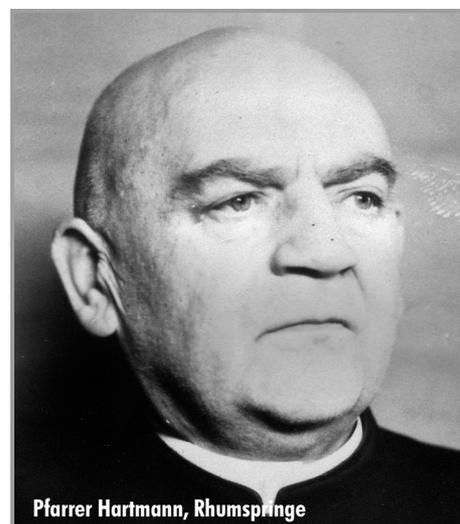
Linksjugend

Die Linksjugend trifft sich immer montags um 18:30 Uhr. Momentan online. Wenn du Lust hast teilzunehmen, dann melde dich per Mail oder Insta bei der Linksjugend (goettingen@linksjugend-niedersachsen.de).



(...) Forts. „Wir wollen unsern Pfarrer haben“ von Seite 2 (VVN)

Die sogenannten „Rädelsführer“ wurden vom Amtsgericht Hannover wegen „öffentlicher Zusammenrottung, Bedrohung der Beamten der Geheimen Staatspolizei und Nötigung der Polizeibeamten“ verurteilt. Die verhafteten Einwohner des Ortes wurden alle zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Pfarrer Hartmann wurde vorgeworfen, in einer Predigt den NS-Staat beleidigt zu haben. Die geladenen Zeugen konnten das nicht bestätigen, so dass Pfarrer Hartmann freigesprochen wurde. Statt ihn nach Rhumspringe zu entlassen, wurde er in das Konzentrationslager Dachau bei München gebracht. Mit tausenden anderen Geistlichen musste er auf der sogenannten Plantage Zwangsarbeit verrichten.



Pfarrer Hartmann, Rhumspringe

Pfarrer Hartmann ist vom 17. April 1943 bis zu seiner Flucht auf einem Evakuierungsmarsch am 28. April 1945 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen. Er überlebte das KZ, kehrte nach Rhumspringe zurück und übernahm seine Pfarrstelle wieder. Im Jahr 1955 starb Pfarrer Hartmann, auch an den Spätfolgen der KZ-Haft.

Über das Leben von Pfarrer Robert Hartmann wird Hans Georg Schwedhelm, Sprecher der Kreisvereinigung der VVN-BdA, berichten.

Die Veranstaltung findet statt **am Freitag, den 18. März 2022, um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe e.V., Lange Geismar Straße 3, Göttingen.** Veranstalter ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Kreisvereinigung Göttingen.

Bitte beachtet die dann aktuellen Corona-Regelungen, tragt einen medizinischen Mundnasenschutz und bringt euren aktuellen Impfstatus mit.



DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Haushaltsberatungen

► LINKE Kreistagsfraktion stellt zahlreiche Anträge

Der am 15. Dezember eingebrachte Kreishaushalt 2022 soll am 2. März vom Kreistag beschlossen werden und wird bei Redaktionsschluss gerade in den Ausschüssen beraten. Dabei hat sich die finanzielle Situation des Landkreises trotz Corona als sehr robust erwiesen, der Haushalt ist weiterhin ausgeglichen. So wurden die Investitionen ausgeweitet, die Kreisumlage konnte deutlich gesenkt werden wie es auch unser KoPol AK am 8.12.2021 gefordert hatte.

Eine Beschränkung der freiwilligen Leistungen (dazu gehören Zuschüsse an soziale, kulturelle und weitere Einrichtungen) auf einen Richtwert von 1,5% lehnte DIE LINKE angesichts der positiven Haushaltsentwicklung ab, was unerwartet auch aufgegriffen und dementsprechend fallen gelassen wurde.

Die zahlreichen Änderungsanträgen der LINKEN betreffen primär diese freiwilligen Leistungen. Einer der Schwerpunkte wurde dabei auf den kulturellen Bereich gelegt, der von den pandemiebedingten Einschränkungen schwer getroffen und einer verstärkten öffentlichen Förderung bedarf. Zahlreiche Einrichtungen hatten demzufolge Anträge auf höhere Zuschüsse gestellt. Im Falle des Jungen Theaters, Literarischen Zentrums, dem KAZ, der Wilhelm-Busch-Mühle, der Waldbühne Bremke sowie dem Bildungswerk verdi zum Gedenken an den Nationalsozialismus wurden diese von den LINKEN in voller Höhe unterstützt. Zwar wurden die meisten dieser Anträge abgelehnt, aber zumindest die Ansätze erhöht.

Ähnliches gilt für den Sammeltopf zur Förderung von sozialen Beratungsstellen und Einrichtungen, dessen deutliche Erhöhung wir ebenfalls beantragt haben. Immerhin hatte der Landkreis den Ansatz für die SGB-II-Beratungsstellen anders als in den Vorjahren nahezu auskömmlich gestaltet.

Erneut forderten wir die Erhöhung der Jagdsteuer, der einzigen vom Landkreis selbst erhobenen Steuer. Diese ist inzwischen sogar geringer als noch vor einigen Jahren, obgleich sie von einem Personenkreis zu entrichten ist, der die Erhöhung lo-

cker wegstecken könnte. Auf der anderen Seite wurde von uns eine höhere Förderung der Naturschutzverbände beantragt, was „zu diesen Zeitpunkt“ im Umweltausschuss von den übrigen Parteien abgelehnt wurde.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiepreisentwicklung beantragte die Linksfraktion die Einrichtung eines Fonds gegen Energiesperren. Dabei geht es um einen Darlehensfonds für Härtefälle in Höhe von 100.000 Euro, um Strom- und andere Energiesperren für private Haushalte zu vermeiden. Kann ein Haushalt seine Energierechnung nicht mehr bezahlen und kommt auch eine Ratenzahlung nicht in Frage, so soll rechtzeitig vor einer Abschaltung – unabhängig durch welchen Anbieter – der Härtefallfonds mit einem zinslosen Darlehen einspringen. Viele Haushalte wenden inzwischen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für Strom und Wärme auf. Für Haushalte mit geringem Einkommen sind die steigenden Energiepreise mit erheblichen Risiken verbunden und können bis hin zu Sperrungen der Energieversorgung führen. Hier wollen wir schnell und unbürokratisch helfen. Weiterhin soll in Kooperation mit der Energieagentur in den betroffenen Haushalten eine Energieberatung durchgeführt werden, um zu klären, wie und wodurch Energie eingespart werden kann, was auch ein Beitrag zum Klimaschutz ist. Der Energiesparfond wurde im Sozialausschuss von SPD, Grünen und CDU abgelehnt.

Zwar hatte diesmal der Personalrat „das Benehmen“ (Einverständnis) zum Stellenplan hergestellt, übte dennoch gerechtfertigte Kritik, die wir in unseren An-

Kontakt

DIE LINKE.

im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108
dielinke@landkreisgoettingen.de
www.dielinke-goettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr
+ Donnerstags 14 bis 15.30 Uhr

derungsanträgen aufgreifen. So fordern wir in Bereichen, in denen das Personal besonders überlastet ist, die Einrichtung zusätzlicher Stellen. Dass es bei der Gebäudereinigung einen erhöhten Personalbedarf gibt, ist ein offenbar stets wiederkehrendes Problem. Zudem haben wir es derzeit auch mit Überlastungen beim IT-Support zu tun, was nur mit der Einrichtung weiterer Stellen zu beheben ist. Auch wendet sich DIE LINKE gegen Herabgruppierungen bei einzelnen Hausmeisterstellen sowie, im Interesse der Betroffenen, gegen Stellenverlagerungen von den Fallmanagern und Sachbearbeitern zu den Controllingstellen im Hartz-IV-Bereich. Das Auseinanderklaffen bei den Eingruppierungen am oberen und unteren Rand des Personalbestandes ist ein Grund, dem Haushalt insgesamt die Zustimmung zu verweigern.

Zu den besonderen Vorhaben bei den Stellenbesetzungen gehört eine Beamtenstelle für die verwaltungsseitige Stellvertretung des Landrates einzurichten. Mal abgesehen davon, dass die Stellvertretung grundsätzlich bei der ersten Kreisrätin liegt, ist nicht ersichtlich warum es zur Arbeitsentlastung im Amt für Steuerung und Kommunikation nicht auch eine Angestelltenstelle tut.

Diese Anträge machen regelmäßig nur einen Ausschnitt unserer Kritik an der Politik der Verwaltungsspitze aus, die sich im Haushalt widerspiegelt. Überzeugen kann uns der Haushalt mit dem Stellenplan in seiner Gesamtheit auch mit den Verbesserungen nicht.

Kommunale Antidiskriminierungsstellen – Was können sie bewirken?

Workshop am Montag, 14. März 2022, 18.00 – 21.00 Uhr

Gesprächsforum am Montag, 21. März 2022, 18.00 – 21.00 Uhr

Veranstalter, Anmeldung und Info: Zukunftswerkstatt e.V., Tel. 0551-63754,

E-Mail: zusammenhalt-staerken@hausderkulturen.org

www.hausderkulturen.org

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Rotes Zentrum in Göttingen

Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind Büroräume von Parteien, Abgeordneten und außerparlamentarischen Initiativen. Das Rote Zentrum in Göttingen – das ist ein Bündnisprojekt: Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen unterschiedlicher Strömungen teilen sich Räume, arbeiten zusammen und begegnen sich. Das Rote Zentrum in Göttingen – das sind öffentliche Räume für Sitzungen, Plena, Veranstaltungen und Kulturevents. Hier wird debattiert, gestritten, angestoßen, gelacht und getanzt. Seit dem Jahr 2011 befindet sich dieser Ort im Lieschen-Vogel-Haus in der Lange-Geismar-Straße 2 in Göttingen. Und das in guter Nachbarschaft: Tür an Tür mit der Bundesgeschäftsstelle der Roten Hilfe e.V., deren großer Veranstaltungssaal unser Rotes Foyer ergänzt.

Diese komfortable und solide Konstellation ist seit Jahrzehnten gewachsen. Nach der Bertheustraße und der Geismar Landstraße gelang 2011 der große Sprung nach vorn mit dem Einzug in das gegenwärtige Haus. Im Rahmen eines Projektes zur lokalen Arbeiter*innen-Geschichte und Historie des antifaschistischen Widerstandes benannten im Jahr 2012 Haus-Bewohner*innen und Zentrums-Nutzer*innen „ihr Haus“ nach der Kommunistin und Antifaschistin Elisabeth „Lieschen“ Vogel, die von 1923 bis 1941 in Göttingen gelebt und gewirkt hat.

Die gemeinsame Geschichte des Roten Zentrums war von Auf und Abs geprägt, in denen sich Wahlergebnisse, Mandatsgewinne und -Verluste, politische Konjunkturen und äußere Rahmenbedingungen widerspiegeln. Um aus den wiederkehrenden destruktiven Phasen zu lernen, gründeten im September 2018 ein Kern von langjährigen Zentrumsbetreiber*innen und -Nutzer*innen den Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“. Dieser koordiniert und verwaltet seither die zahlreichen organisatorischen Aufgaben, die sich aus dem Betrieb eines Zentrums ergeben. Ein Kreis von Fördermitgliedern finanziert die Gemeinschaftsflächen und

gewährt dem Roten Zentrum Stabilität und Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber bemüht sich der Verein „Rotes Zentrum Göttingen e.V.“ aber auch darum, das Rote Zentrum als einen Kommunikations-, Begegnungs- und Bildungsort zu gestalten. Seit dem Herbst 2018 stellt der Verein ein Veranstaltungsprogramm zusammen, in dem die unterschiedlichen Nutzer*innen-Gruppen ihre Besonderheiten und Schwerpunkte den Zentrums-Nachbar*innen sowie einem interessierten Umfeld zur Diskussion und Anteilnahme darbieten.

Das Grünkohlessen mit Karl und Rosa, Forschungen zur Stadtteilgeschichte, Erzählungen zu den Hausdurchsuchungen nach dem G20-Gipfel, Vorträge zur Kommunistin Minna Faßhauer oder zum Lagerwiderstand im KZ-Buchenwald, Diskussionsrunden zur Analyse des Faschismus und aktuellen Bedrohung durch Neonazis und Rechtspopulisten, ein Liederabend mit Kai Degenhardt und so weiter. Die monatlichen Veranstaltungen werden als Halbjahreskalender in einem eigenen Falblatt bekannt gegeben. In den monatlichen Göttinger Blättern gestaltet das Rote Zentrum zudem eine Seite.

Gegenwärtig stellt sich dem Roten Zentrum die Aufgabe, einen Ort der Begegnung unter den andauernden Bedingungen der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Wie soll Gemeinschaft bei zugleich gefordertem „social distancing“ verantwortungsvoll gestaltet werden? Wechselnde Verordnungslagen müssen studiert und beachtet, technische Hilfsmittel wie Raumlufffilter oder Handdesinfektionsmittel angeschafft, Mieten fortgezahlt, politische Kontroversen zum gesellschaftlichen Geschehen ausgehalten werden.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Eigentumsfrage. Die Kontinuität und der Bedarf eines Roten Zentrums in Göttingen legen es nahe, die genutzten Räume nicht nur zu mieten, sondern das Eigentum zu erwerben. Auch politisch wäre das der richtige Weg: die Häuser in die Hän-



de derjenigen, die sie nutzen. Bereits im April 2019 stellten Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses das Modell des Mietshäusersyndikats vor. Das Mietshäusersyndikat ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 120 Hausprojekten. Gemeinsames Ziel ist es, den Bewohner*innen und Nutzer*innen von Häusern die Gestaltungsmacht zu übertragen und Immobilien dauerhaft dem Spekulationsmarkt zu entziehen. In Göttingen sind die Hausprojekte Obere-Masch-Straße 10 (OM10) sowie das „Grüne Haus an der Ecke“ in der Wiesenstraße 28 nach diesem Modell organisiert. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für einen Hauskauf in der Lange-Geismar-Straße 2 sind schlecht. Die Formulierung von gemeinsamen Zielen, in denen sich ein konkreter Nutzen wie auch eine gesellschaftliche Utopie erkennen lässt, bleibt für eine Gemeinschaft wie das Rote Zentrum umso wichtiger.

Das Rote Zentrum ist auf Genoss*innen angewiesen, die durch eine regelmäßige Fördermitgliedschaft ihre Unterstützung realisieren. Auch einmalige Spenden sind willkommen!

Rotes Zentrum Göttingen e.V.
 IBAN: DE68 5209 0000 0000 2292 02
 BIC: GENODE51KS1
 Volksband Kassel Göttingen eG



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
Jugendhilfeausschuss stimmt Initiative der Göttinger Linke zu

► Kindergartenplätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren im Stadtteil Grone

Plan und Realität klaffen mal wieder weit auseinander: In der aktuellen Kindertagesstättenbedarfsplanung und im Entwurf des städtischen Haushalts für 2022 werden für Grone die Zahl von 120 neuen Krippenplätzen und 111 neuen Kindergartenplätzen genannt, die im Stadtteil Grone entstehen werden.

Allerdings sind darin die Plätze der Kita Harzstraße und Martin-Luther-Straße eingerechnet. Für diese Kitas stehen 86 Plätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren im Plan. Doch mit dem Bau dieser Kindertagesstätten ist bisher noch nicht einmal begonnen worden!

Es ist damit bereits jetzt ersichtlich, dass diese Zahl 2022 nicht zu erreichen sein wird. Die Kita im ehemaligen EAM Haus an der Kasseler Landstraße wird wohl noch 2022 eröffnet, mit 30 Krippenplätzen und 25 Kitaplätzen.

Und was passiert jetzt im Sommer? Die asc-Kinderbetreuungs gGmbH wird im Sommer die neu gebaute Kita an der Bezirkssportanlage in Grone beziehen. Dort werden zwar 30 Krippenplätze neu entstehen, aber die 50 Kindergartenplätze werden nur von der Astrid-Lindgren-Schule (die Räumlichkeiten sind im Verwaltungstrakt der Heinrich-Heine-Schule untergebracht) in die neue Kita verlegt.

In Grone gibt es dagegen lange Wartelisten in den bestehenden Kitas und so lag es doch auf der Hand, die Plätze in der Schule zu erhalten, bis die geplanten o.g. Kitas auch wirklich fertig gestellt sind. Damit könnte, wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, dem Platzmangel zumindest etwas entgegengesetzt werden.

Darauf zielte der Antrag ab, der am 17. Februar als interfraktioneller Antrag, initiiert durch die GöLi eingebracht wurde. Christa Siebecke, für die Göttinger Linke im Jugendhilfeausschuss, begründete den Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit potenziellen Trägern zu führen, um die Kitagruppen

weiter zu betreiben. Vor allem mit der asc-Kinderbetreuungs gGmbH, die zurzeit die Kita betreibt. Der Träger soll dabei in jeglicher Hinsicht Unterstützung durch die Verwaltung erhalten, um die Kita weiter zu führen. Die Verwaltung wird entsprechend aufgefordert, die notwendigen Mittel in den Haushalt 2022 einzustellen“, so der Antrag.

Die CDU legte einen Änderungsantrag vor. Sie äußerte Bedenken, dass Fördermittel, die für die Sanierung der Heinrich-Heine-Schule gewährt wurden, zurückgezahlt werden müssten, sofern die Räume von der Kita weiter genutzt werden.

In der Diskussion zeigte sich große Einmütigkeit, diese Plätze zu erhalten, die Änderungen wurden teilweise eingearbeitet und der Antrag dann einstimmig angenommen.

Die Dezernentin, Frau Schmidt, sah es als sehr realistisch an, dass für ein weiteres Jahr eine Sondernutzung für die Räume bewilligt wird. Herr Schmidt, Leiter des Jugendamtes, stellte dann den Antrag an den Jugendhilfeausschuss Finanzmittel in Höhe von 123.000 Euro für den Haushalt zu bewilligen. Dieser Betrag ist für den weiteren Betrieb der Kitagruppen notwendig. Auch dem stimmte der Jugendhilfeausschuss einstimmig zu und damit wurde der Antrag „rund“. Ein kleiner Erfolg für Eltern und Kinder, dass diese Plätze vorerst halten bleiben. Das Ziel des weiteren Kitaausbaus vor allem, mit dem Blick auf Kinderzahlen in den Stadtteilen und die Bedarfsermittlung, bleibt, damit der Rechtsanspruch auf den Besuch einer wohnortnahen Kita „irgendwann“ erfüllt werden kann. (cs)

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
SprecherInnenkreis:
Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Christa Siebecke

Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de
**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de
Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:
Di: 10:00 - 12:00 Uhr
Mi: 13:00 - 16:30 Uhr
Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:
Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann
Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch 30. März
in hybrider Form**

(persönliche Anwesenheit und per video):

Ort: Neues Rathaus, Raum 1118
Thema: Kampagne für besseren bzw. entgeltfreien ÖPNV in Göttingen – Umsetzung in den Kommunalparlamenten

Wir bitten um Anmeldung, wenn Ihr online teilnehmen wollt:

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Mitglied werden!


 Beitrittserklärung anfordern:
www.goettinger-linke.de

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

im März

aktuell

Gegen „kalte Entmietung“ im Gebäudebestand der Westgrund Niedersachsen Süd

Der Rat möge beschließen:

„Die Bauverwaltung wird aufgefordert, bis auf Weiteres Bauanträge der „LEG Wohnen NRW GmbH“, der „Adler Group“ bzw. einem von diesen Gesellschaften beauftragten Bauunternehmen im Bereich des Gebäudebestandes der „Westgrund Niedersachsen Süd GmbH“ besonders gründlich zu prüfen und zu prüfen, inwieweit Baugenehmigungen ausgearbeitet werden können, die für Mängel bei der Ausführung, welche Wohnungen unbewohnbar machen, Sanktionen nach sich ziehen.

Auch die Rechtsmittel des Wohnraumschutzgesetzes sind umfassend anzuwenden.

Begründung:

Aus Presseberichten ist seit November 2021 zu erfahren, dass im Zuge von im Auftrag der Unternehmen „Adler Group S.A.“ bzw. seit Januar 2022 „LEG Wohnen NRW GmbH“ im Süntelweg 8 bis 24 in Grone Süd durchgeführten Baumaßnahmen Wohnungen offenbar unbewohnbar geworden sind bzw. Mieter*innen der Verbleib in ihren Wohnungen unerträglich wird.

Misstände sind:

- ▷ Massiver gesundheitsgefährdender Schimmelbefall in den Wohnungen der jeweils oberen Etage der von den Baumaßnahmen betroffenen Gebäude durch Zerstörung der Integrität der Dächer in Bezug auf Wasserdichtigkeit durch die im September 2021 an ihnen begonnenen Baumaßnahmen,
- ▷ bisher nicht bezifferbarer Schaden am Eigentum der Mieter*innen wie Möbeln und Elektrogeräten, dessen vom Vermieter einzufordernde Begleichung für die Mieter*innen unerträglichem Aufwand bedeutet,
- ▷ Feuchtigkeit und Dreck in den gesamten Gebäuden,
- ▷ weitere unerträgliche Misstände und ein ebenso unerträgliches Zuwarten der Verantwortlichen, das die Hilflosigkeit der betroffenen Mieter*innen noch verstärkt hat.

Die genannten Gegebenheiten haben inzwischen dazu geführt, dass viele Mieter*innen ihre angestammten Mietverträge aufgegeben und sich andere Wohnungen gesucht haben oder derzeit im Begriff sind, dies zu tun.

Auch wenn nicht festzustellen ist, ob die genannten Entwicklungen durch die Verantwortlichen mit Absicht herbeigeführt werden oder lediglich auf unglücklichen Umständen beruhen, ist faktisch ein Prozess der „kalten Entmietung“ zu beobachten. In der Konsequenz kann der Vermieter nach Mietrecht später im Rahmen von Neuvermietung deutlich höhere Mieten aufrufen, als wenn die Wohnungen weiterhin durch Altmietler*innen genutzt würden.

„Kalte Entmietung“ in der beobachteten Form darf die Stadt Göttingen in ihrem Einflussbereich nicht zulassen und ist gehalten, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um diesen Prozess zu stoppen.

Der Rat fordert daher die Verwaltung auf, im Zusammenhang mit Bauanträgen der beteiligten Unternehmen im Bereich des Gebäudebestandes der „Westgrund Niedersachsen Süd GmbH“ alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit nicht weitere Immobilien und deren Mieter*innen von den beobachteten Entwicklungen betroffen werden.

Bericht der Ratssitzung am 18.02.22

Unseren Prüfantrag gegen Kalte Entmietung (s.o.) brachte Edgar ein und er wurde mit großer Mehrheit angenommen. Laut OB Broistedt würden Bauanträge aber ohnehin gründlich geprüft und sie empfahl, Vertreter*innen der LEG in den Bauausschuss einzuladen und sie so unter Beobachtung zu stellen. Spannend wurde es bei einem SPD-Antrag bzgl. fester Sitze in Ausschüssen (auch Aufsichtsräten und anderen Gremien, wie wir beantragt hatten) über das Auszahlverfahren nach D'Hondt, das erst im November über die Landesregierung eingeführt wurde, weil man sich ggü. Hare-Niemeyer einen Vorteil versprach. Die SPD musste nun zugeben, diese Rolle rückwärts u.a. aus machtpolitischen Gründen aufgrund einer Haushaltsmehrheit zusammen mit CDU und FDP gestellt zu haben. Da ein solch besonderer Ratsbeschluss einstimmig sein musste und alle Fraktionen einen Vorteil davon hätten, hoffte man auf Einstimmigkeit, hatte nur nicht mit Einzelmandatsträger Welter-Schultes gerechnet, der fest vor hatte sich zu enthalten, weil ihm niemand vorher etwas angeboten hatte. Nach langer Beratungspause gab es aber doch die Zusage dieses Ratsherrn, da die FDP ihren Sitz im Bauausschuss an ihn abgeben wird. Bei unserem Antrag zu prekären Immobilien forderte Edgar die eigens dafür in 2021 gegründete Task Force der Stadt auf, ihre Arbeit besser zu machen, da in Grone erst nach Einschalten von Ratsmitgliedern etwas passiert sei, was OB Broistedt vehement von sich wies, ihre Mitarbeiter*innen in Schutz nahm und von Protokollen als Beweis für korrektes Verhalten sprach. Das werden wir uns genau ansehen! Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Die neoliberale, antisoziale Allianz im Göttinger Rathaus verfestigt sich.

Nach dem Willen der niedersächsischen Gesundheitsministerin (SPD) sollte die elektronische Gesundheitskarte (eGK) geflohenen Menschen einen Arztbesuch „einfacher und unbürokratischer“ machen. Aber was kümmert das ihre „Genossen“ im Göttinger Stadtrat. Dank der undemokratischen Abstimmungsmehrheit von SPD und CDU in allen Ratsausschüssen haben sie im Sozialausschuss einfach mal die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen verweigert. Da spielt das Votum des Integrationsrates keine Rolle und Grüne und Linke werden niedergestimmt, während kleinere Fraktionen gar nicht mehr mit abstimmen dürfen. Angebliche Kosten von 90.000 Euro werden vorgeschoben, um den Menschen weiterhin jedes Mal die Antragstellung auf einen Krankenschein zuzumuten, damit sie dann mit dem Papier eine Arztpraxis aufsuchen können. Ein eigenartiges Verständnis von Integration und ein Beschäftigungsprogramm für einige Mitarbeiter*innen. Aber nun ja, wenn man in der Stadtverwaltung vergißt, fristgerecht Anträge auf Fördermittel für die Restaurierung des Städtischen Museums zu stellen (ganz im Sinne der jahrelangen Strategie der SPD), weil die Mitarbeiter*innen der Bauverwaltung überarbeitet sind, muss man an anderer Stelle auf's Geld achten und Mehrarbeit schaffen.

Im Kommunal- und OB-Wahlkampf hat

man der Bevölkerung noch vornehm verschwiegen, wie hoch die Kosten für die Stadthalle, das Neue Rathaus, das Ottfried-Müller-Haus, die Gestaltung des Wochenmarktes, der Stockleff-Mühle, der Neubau für die Verkehrsbetriebe etc. sein werden. Jetzt, wo die Zahlen langsam auf den Tisch kommen, ist das vermeintliche Einsparpotential bei Verweigerung der elektronischen Gesundheitskarte doch ein großartiges Zeichen für den Sparwillen der Verwaltungs- und Ratsspitze an das Wahlvolk. Angebliche 90.000 Euro bei vermutlich mehreren 100 Millionen real anstehender Beträge, die sich ständig weiter summieren, sind doch ein wirklich respektabler Ansatz.



Mal sehen, welche sozial- und bildungspolitischen Notwendigkeiten dem neoliberalen Tandem demnächst noch zum Opfer fallen bzw. nicht zustande kommen werden. Welche städtischen Immobilien und Areale weiterhin zur Disposition gestellt und verschertelt werden und bei welchen Schrottimmobiliën man leider weiterhin tatenlos zuseht, wie die Bewohner*innen dort hausen müssen. Der Erwerb und die Renovierung selbst einzelner Wohnungen durch die Stadt ist zu teuer. An eine Zwangsenteignung wegen unzumutbarer Umstände und eine Totalsanierung oder gar einen Neubau wird erst gar nicht ernsthaft gedacht. Ist ja alles viel zu teuer und rechtlich schwierig. Zu teuer sind

die fast 20 Euro Quadratmetermiete, die die Stadt für die Mehrzahl der Bewohner*innen teilweise schon über Jahrzehnte zahlt, allerdings nicht. Den Verwaltungseigentümer, die Coreo AG* freut's.

Statt z.B. hier für Abhilfe zu sorgen, unsere Schulen endlich wieder ordentlich in Stand zu setzen etc. wird man auch in dieser Ratsperiode sicherlich wieder in ein paar weitere, fragwürdige Denkmäler oder wie es im Amtsdeutsch heißt, Leuchttürme investieren (siehe weitere Förderung des Kunstquartiers oder z.B. die Pläne für ein neues Betriebsgeländes für die GöVB, z.Zt. geschätzte Kosten ca. 80 Millionen Euro).

Vielleicht sollten die Bürger*innen unseren Stadtoberen wegen der absehbaren Mammutausgaben zu Lasten wirklich wichtiger Maßnahmen die Kreditkarte sperren, wie sie den Asylbewerber*innen die Gesundheitskarte wegen angeblich zu hoher Kosten verweigern.

**Auszug aus der Website der Coreo AG (Frankfurt):*

„Wertbestand und Weitblick schaffen Renditen

Die Strategie der Coreo AG wird durch ein expansives und selektives Vorgehen bei ihren Immobilieninvestitionen geprägt. (...) Bei der Realisierung der Renditevorstellungen der Coreo AG spielen Wohnimmobilien ebenfalls eine wichtige Rolle. (...) Im Einzelnen kann die Coreo AG Value-Add Objekte erwerben, um diese entweder nach kurzer Haltungsdauer mit Gewinn weiter zu veräußern oder mittelfristig deren Werthaltigkeit mit einem aktiven „manage to core“ Ansatz deutlich und nachhaltig zu steigern.“

Euer Gerd Nier

Frauentagsveranstaltungen 2022

Alle weiteren Infos unter: <http://www.frauenforum-goettingen.de/frauentag.html>

Montag | 14. Februar 2022 bis Freitag | 11. März 2022
AUSSTELLUNG: „FRAUEN IM HANDWERK VON HIER!“
 Veranstalterin: Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft

Sonntag | 24. April 2022 | 14:00 - 17:00 Uhr
STARKE STIMME 2.0 – AUFBAU-WORKSHOP
 Veranstalterin: Kore e.V

Montag | 07. März 2022 | 17:00 – 19:00 Uhr
SCHADENSERSATZ WEGEN GEHALTSDISKRIMINIERUNG
 Veranstalter*innen: Frauenforum / Gleichstellungsbüro

Dienstag | 08. März 2022 bis Freitag | 11. März 2022
AUSSTELLUNG: KLIMASCHUTZ UND ENERGIE – SPANNENDE BERUFE FÜR FRAUEN
 Veranstalter*in: Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung

Dienstag | 08. März 2022 | 15:00 - 18:00 Uhr
DEINE STIMME IST AUS GOLD!
STIMM- UND SPRECHWORKSHOP
 TAF – Teilhabe und Arbeit für Familien und Familienzentrum Rosdorf

Dienstag | 08. März 2022 | 18:00 – 20:00 Uhr
WAHLRECHT – POLITISCHE PARTIZIPATION VON FRAUEN – ZUM STAND DER DINGE!?
 Veranstalterinnen: Frauenforum/ Gleichstellungsbüro

Mittwoch | 09. März 2022 | 19:30 Uhr
FILM: DIE UNBEUGSAMEN
 Veranstalterin: Evangel. Frauenwerk im Sprengel Hildesheim-Göttingen

Donnerstag | 10. März 2022 | 17:00 - 19:00 Uhr
DIE ZUKUNFT DER STADT GÖTTINGEN IST WEIBLICH? OBERBÜRGERMEISTERIN TRIFFT FRAUENFORUM
 Veranstalterin: Frauenforum/ Gleichstellungsbüro

Sonntag | 13. März 2022 | 14:00 Uhr
„LERNET WÄHLEN!“ ÜBER 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT – ÜBER 100 JAHRE STREITEN
 Veranstalterin: Gleichstellungsbüro

Montag | 14. März, 20.00-22. Uhr:
 Film „The other side of the river – no women, no revolution“ – Frauen im Kampf
 Kino Lumiere, Veranstalter: Rosa Luxemburg Club

Mittwoch | 16. März 2022 | 19:00 Uhr
ERFOLGREICH BEWERBEN: WIE BEKOMME ICH MEINEN TRAUM-JOB?
 Veranstalterin: Deutscher Juristinnen Bund Regionalgruppe Göttingen

